Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 24. April 2026
Ausgabe 78
ru.muenchen.de
Als Newsletter unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Meldungen **3**
› MünchenBudget: Noch bis 1. Mai Ideen einreichen 3
› 30 Jahre „Fit im Park“: Sportprogramm feiert Jubiläum 3
› Stadtentwicklung mit digitaler Hilfe: Smart City Talk im PlanTreff 5
› Bauzentrum: Online-Infoabend zum Thema Nachbarschaftslärm 5
› Ausstellungsprojekt „Sichtbar. Verknüpft. Frei.“ 6
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 7
Baustellen aktuell **8**

Antworten auf Stadtratsanfragen
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 24. April 2026

Münchner Schulen im Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Anne Hübner, Barbara Likus, Cumali Naz, Lena Odell, Marian Offman, Julia Schönfeld-Knor, Micky Wenngatz (SPD-Fraktion), Anja Berger, Nimet Gökmenoğlu, Ursula Harper, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner, Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) und Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 20.5.2025

Versorgung von Schulen mit Schulpsychologen
Antrag Stadträte Jens Luther und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 3.9.2025

Sachstand beim Eisbach-Surfen + + + Sachstand beim Eisbach-Surfen II + + + Sachstand beim Eisbach-Surfen III
Anfragen Stadtrat Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 3.11.2025, 4.11.2025 und 30.12.2025

Aussetzung des Umbaus der Augustenstraße im Abschnitt zwischen Gabelsbergerstraße und Heßstraße
Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Babor, Dr. Michael Haberland, Hans Hammer, Hans-Peter Mehling, Veronika Mirlach, Dr. Evelyne Menges und Thomas Schmid (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 12.11.2025

Münchner Schulen im Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Anne Hübner, Barbara Likus, Cumali Naz, Lena Odell, Marian Offman, Julia Schönfeld-Knor, Micky Wenngatz (SPD-Fraktion), Anja Berger, Nimet Gökmenoğlu, Ursula Harper, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner, Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion) und Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 20.5.2025

Antwort Stadtschulrat Florian Kraus:

Auf Ihren Antrag vom 20.5.2025 nehme ich Bezug.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Bei dem Inhalt Ihres Antrags handelt es sich jedoch um eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher nicht möglich, weshalb die Beantwortung auf diesem Wege erfolgt.

Der Antrag lautet wie folgt:
„Das Referat für Bildung und Sport wird gebeten, die städtischen Schulen vor dem Hintergrund der aktuellen Flyer- und Banneraktionen von Rechtsextremen vor Münchner Gymnasien mit folgenden Maßnahmen zu unterstützen:

1. *Handlungsempfehlungen dazu, wie im Falle rechtsextremer Aktionen an Schulen reagiert werden sollte sowie Weitergabe von umfassenden Informationen über rechtsextreme (Jugend-)Organisationen und völkisches Gedankengut.*
2. *Eine Aufklärung darüber, dass es mit der Neutralitätspflicht von Lehrkräften vereinbar ist, für die Demokratie Stellung zu beziehen. Der entsprechende Informationsflyer der Fachstelle für Demokratie sollte allen Lehrkräften erneut zugänglich gemacht werden.*
3. *Unterstützung von Schüler*innen und Lehrkräften, die sich durch rechtsextreme Umtriebe bedroht fühlen. Hierbei sollte vor allem auf die Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen (angesiedelt bei der Fachstelle für Demokratie) hingewiesen werden.*

Außerdem wird das Referat für Bildung und Sport gebeten, sich an das Staatliche Schulamt und die Ministerialbeauftragten zu wenden mit der Bitte, entsprechende Maßnahmen auch an den staatlichen Schulen zu veranlassen.

Das Referat für Bildung und Sport wird zudem gebeten, aus bestehenden Fortbildungsbudgets ein weiteres Projekt (ähnlich der ‚Meerschweinchen-Verschwörung') der Pastinaken, in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Demokratie, zur Peer-to-Peer-Arbeit an städtischen Schulen zu ermöglichen und die städtischen Schulen zu ermutigen, dort stattfindende Projekte auch weiterhin sehr gezielt auf Demokratiebildung auszurichten und entsprechende Budgets auszuschöpfen."

Hierzu kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Zum Punkt 1 des Antrags:
Die Fachstelle für Demokratie hat am 15. Mai 2025 als Reaktion auf Flugblatt- und Banneraktionen der rechtsextremen Identitären Bewegung an mehreren Schulen ein Schreiben an alle Münchner Schulen versendet. Das Schreiben enthielt Hinweise und Handlungsempfehlungen für Schulleitungen und Lehrkräfte sowohl in Bezug auf die konkreten Aktionen als auch auf Flyer- und Banneraktionen rechtsextremer Gruppierungen bzw. Aktivist*innen im Allgemeinen.

Darüber hinaus bietet die bei der Fachstelle für Demokratie angesiedelte Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen jederzeit Beratung zum Umgang mit derartigen Aktionen sowie zum (reaktiven und proaktiven) Umgang der Schulen mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an.

Das Referat für Bildung und Sport (RBS) empfiehlt anhaltend in Anlehnung an die Empfehlungen der Fachstelle für Demokratie im Falle rechtsextremer Aktionen an Schulen ein konsequentes und abgestimmtes Vorgehen, um sowohl den Schutz der Schulgemeinschaft als auch die Wahrung demokratischer Werte sicherzustellen. Dieses Vorgehen beginnt bei strafrechtlichen Aspekten mit der Einbindung der Polizei und im Gebrauch des Hausrechts. Rechtsextremes Material wird sichergestellt und die weitere Verbreitung auf dem Schulgelände unverzüglich unterbunden.
Die Schulleitungen sind verpflichtet, umgehend das RBS sowie die Fachstelle für Demokratie zu informieren. Durch dieses Verfahren wird gewährleistet, dass alle relevanten städtischen Stellen in die Bewertung und Bearbeitung von Vorfällen eingebunden werden und ein koordiniertes Vorgehen erfolgt.
Ein Beispiel für ein solch vorbildliches und entschlossenes Handeln ist das Vorgehen des Städtischen Willi-Graf-Gymnasiums. Die Schule reagierte umsichtig und konsequent auf einen rechtsextremen Vorfall und orientierte

sich dabei eng an den durch das RBS empfohlenen Abläufen. So konnte nicht nur eine schnelle Klärung und Sicherung des Vorfalls erreicht, sondern auch ein klares Zeichen gegen rechtsextreme Ideologien innerhalb der Schulfamilie gesetzt werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Information und Unterstützung des pädagogischen Personals. Die gesamte Schulgemeinschaft, d.h. Schüler*innen, Eltern und weiteres Schulpersonal wurden in angemessener Weise über den Vorfall informiert. Transparente Kommunikationswege tragen dazu bei, eine gemeinsame Haltung gegen Rechtsextremismus zu entwickeln, bzw. zu bestärken. Zudem erhält das Personal pädagogische Handlungs-orientierungen, wie das Thema altersgerecht, sachlich und sensibel mit den Schüler*innen besprochen werden soll.

Zur Bewältigung möglicher psychischer Belastungen stehen die Schulpsychologie, die Schulsozialarbeit und bei Bedarf auch das Kriseninterventionsteam der Schule zur Verfügung. Nicht zuletzt kann auf die Beratungsangebote des Referats für Bildung und Sport sowie auf die Expertise und Unterstützung der Fachstelle für Demokratie zurückgegriffen werden.
Diese bietet sowohl Beratung als auch weiterführende Maßnahmen zur Aufarbeitung und Prävention an. Das Pädagogische Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement (RBS-PIZKB) bietet im Fachbereich Politische Bildung, Unterstützung, Fortbildungen, Workshops, Beratung und bei Bedarf eine Zusatzqualifikation „Schule der Vielfalt“ in diesem Themenfeld an.

Der Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen des Referats für Bildung und Sport (RBS-A) sieht es als seine Aufgabe, Schulen nicht nur im Akutfall zu unterstützen, sondern auch nachhaltig demokratische Werte zu fördern. Hierzu zählen regelmäßige Fortbildungen, Projekttage zur politischen Bildung und die Förderung einer demokratischen und partizipativen Schulkultur.
Die genannten Maßnahmen werden stets in sämtlichen Gremien und allen Kanälen beworben, wie in Schulverteilern, Dienstellen- und Schulleitungskonferenzen.

Der Fachdienst Politische Bildung des PIZKB hält für die Schulen sämtliche Handreichungen des Netzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) bereit, vielfach mit konkreten Handlungsempfehlungen. Die Schulen werden vom RBS zudem pädagogisch-inhaltlich beraten und durch entsprechende Maßnahmen unterstützt (siehe dazu ausführlich unten Punkt 3).

Dem Geschäftsbereich Berufliche Schulen des Referats für Bildung und Sport (RBS-B) liegen derzeit (Stand: 1.2.2026) keine Erkenntnisse darüber vor, dass an den städtischen beruflichen Schulen Materialien aus dem Umfeld rechtsextremer Gruppierungen verteilt worden sind.
Gleichwohl steht der Geschäftsbereich in engem Austausch mit den 88 beruflichen Schulen in städtischer Trägerschaft. Der zuständige pädagogische Mitarbeiter ist den Schulleitungen bekannt und fungiert als zentrale Ansprechperson bei Vorkommnissen mit demokratie oder menschenfeindlichem Hintergrund. Schulen werden in solchen Fällen beratend und operativ unterstützt.
Zur weiteren Sensibilisierung schulischer Akteur*innen fand am 5. Juni 2025 der Fachtag „Politik und Gesellschaft" unter dem Titel „Krisen, Klicks und Kontroversen" am Berufsschulcampus Riesstraße statt. Zielgruppe sind insbesondere Schulleitungen, ständige Stellvertretungen sowie Lehrkräfte. Der Fachtag adressiert aktuelle gesellschaftliche Spannungsfelder und Gefahren der Demokratiefeindlichkeit. Eingeladen waren unter anderem Vertreter*innen der Generalstaatsanwaltschaft sowie ein ausgewiesener Experte zur so genannten „Neuen Rechten" von der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU).
Darüber hinaus steht die städtische Fachstelle für Demokratie den beruflichen Schulen als kompetente Anlaufstelle zur Verfügung – sowohl präventiv als auch im akuten Fall. Schulen melden entsprechende Verdachtsfälle unmittelbar an die Fachstelle sowie an den Geschäftsbereich; dieses etablierte Melde- und Unterstützungsmodell hat sich in der Praxis bewährt. Die Fachstelle bietet im Bedarfsfall konkrete Handlungsempfehlungen, vertrauliche Beratung und Unterstützung bei der Kommunikation mit Schüler*innen, Eltern oder der Öffentlichkeit.
Im Rahmen des Unterrichtsfaches Politik und Gesellschaft (PuG) an beruflichen Schulen werden unter anderem Erscheinungsformen rechtsextremer Ideologien thematisiert und kritisch analysiert. Einige Schulen binden zusätzlich externe Referent*innen ein, um die Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen zu vertiefen.
Darüber hinaus ist der Geschäftsbereich Berufliche Schulen durch seinen pädagogischen Vertreter im Arbeitskreis Demokratiebildung und Partizipation des Referats für Bildung und Sport vertreten. Dieser koordiniert die fachliche Weiterentwicklung im Themenfeld Demokratiebildung an beruflichen Schulen und verwaltet die vom Stadtrat bewilligten Mittel zur Förderung entsprechender Projekte.

Zum Punkt 2 des Antrags:
Das RBS legt großen Wert darauf, dass Lehrkräfte im Sinne des Beutelsbacher Konsenses parteipolitisch neutral bleiben, zugleich aber aktiv für

die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Dies ist nicht nur zulässig, sondern ausdrücklich gefordert, um junge Menschen für demokratische Werte zu sensibilisieren und zu stärken.
Um diese Haltung zu verankern, wurden im Rahmen der Einführung der Verfassungsviertelstunde zu Beginn des Schuljahres alle Schulleitungen in der Schulleitungskonferenz nochmals gezielt darauf hingewiesen und beauftragt, diese Forderungen an das Kollegium weiterzugeben. Über die Fachkoordinator*innen und Fachleitungen wurden die zentralen Hinweise zusätzlich in die Fachschaften aller städtischen Schulen getragen. Zudem wurde der Informationsflyer der Fachstelle für Demokratie zuletzt zu Beginn des Schuljahres 2024/25 an alle Lehrkräfte verschickt.

Die Stadtverwaltung unterstützt darüber hinaus Veranstaltungen wie die Informationsveranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung, zu der im Schuljahr 2024/25 alle Lehrkräfte in das Luisengymnasium eingeladen waren. Auch im Rahmen von Schulleitungstagungen des Ministerialbeauftragten wird regelmäßig auf diese Angebote und die Bedeutung der demokratischen Wertevermittlung hingewiesen.

Die Fachstelle für Demokratie begrüßt die Initiative, die Handreichung „Neutrale Schule? Grundlagen und Grenzen des Neutralitätsgebots in der Schule“ allen Lehrkräften erneut zugänglich zu machen.

Zum Punkt 3 des Antrags:
Das RBS misst dem Schutz und der Unterstützung von Schüler*innen und Pädagog*innen, die sich durch rechtsextreme Umtriebe bedroht fühlen, höchste Priorität bei. Ein zentrales Angebot bildet hier die Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen, die bei der Fachstelle für Demokratie angesiedelt ist. Diese bietet niedrigschwellige Beratung, Unterstützung und Begleitung für Betroffene und trägt dazu bei, ein sicheres und wertschätzendes Schulklima zu gewährleisten.
Um die Bekanntheit dieser Anlaufstelle zu erhöhen und eine möglichst breite Zugänglichkeit sicherzustellen, wird regelmäßig im Rahmen von Schulleitungskonferenzen, Dienstbesprechungen der Fachkoordinationen, Lehrkräftekonferenzen und Fachsitzungen auf das Angebot hingewiesen. Bei diesen Gelegenheiten wird ebenso auf die einschlägigen Beratungs- und Fortbildungsangebote im PIZKB verwiesen und ggf. Kontakt hergestellt. Zu der Thematik und entsprechenden Maßnahmen findet zudem ein regelmäßiger Austausch mit dem staatlichen Schulamt, der Regierung von Oberbayern und den Ministerialbeauftragten statt.

Im Benehmen mit der Fachstelle für Demokratie wird das RBS durch einen erneuten Hinweis auf das Beratungsangebot zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen beitragen.

Das PIZKB arbeitet in dem Bereich insbesondere präventiv, unterstützt die Schulen aber gleichzeitig auch bei konkreten Maßnahmen in akuten Fällen. An zeitgemäßen Schulen ist Demokratiebildung ein durchgängiges Prinzip. Sie gestalten Unterricht und das Schulleben zudem diskriminierungskritisch, geschlechtergerecht und inklusiv. Das RBS tut vieles dazu, damit Schulen sich immer weiter in diese Richtung entwickeln können. Dazu können die Münchner Schulen auch laufend Bildungsangebote wie Fortbildungen und Beratung durch das PIZKB in Anspruch nehmen (u.a. beim Fachdienst Politische Bildung).

Maßnahmen für Lehrkräfte/pädagogisches Personal
1. Fachliche Beratung und Fortbildung
Der Fachdienst Politische Bildung des PIZKB berät Schulen zum Thema diskriminierungskritische, insbesondere auch rassismuskritische Bildung sowie Menschenrechts- und Demokratiebildung (auch als Kollegiale Fallberatung) und bietet seit Jahren regelmäßig Fortbildungen zur Demokratiebildung sowie gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und zu diskriminierungskritischer Bildung für Lehrkräfte und pädagogisches Personal an den Münchner Schulen an.

2. Zusatzqualifikation zu diskriminierungskritischer Pädagogik und Schulentwicklung
Zudem wird vom PIZKB eine umfangreiche Zusatzqualifikation (ZQ) zu diskriminierungskritischer Pädagogik und Schulentwicklung (ZQ „Schule der Vielfalt“) angeboten (im Umfang von 19,5 Tagen), die Schulen dabei unterstützt, Schule und Unterricht differenz-, macht- und kontextsensibel zu gestalten und Diskriminierung auf individueller und institutioneller Ebene entgegenzuwirken.
112 Lehrkräfte an 32 Münchner Schulen haben die Zusatzqualifikation bislang absolviert bzw. durchlaufen diese gerade (der siebte Durchgang hat im Januar 2025 begonnen).
Bundesweit ist die Maßnahme nach wie vor eine Besonderheit. Sie stößt zunehmend auf Aufmerksamkeit, wird auch weit über München hinaus wahrgenommen und dient oftmals an anderen Orten als Vorbild.

3. Bereitstellung von Literatur, Materialien, Medien
Angebote für Schüler*innen

1. Schüler*innen-Programm des Fachdienstes Politische Bildung
   Mit dem Schüler*innen-Programm des PIZKB bietet das RBS den Münchner Schulen die Möglichkeit, drängende Fragen in Workshops und Seminaren mit Schüler*innen (auch über den Unterricht hinaus) intensiver zu bearbeiten. Seit 2015 stellt das PIZKB dieses fächerübergreifende Angebot für Schüler*innen aller Schularten, v.a. ab der 7. Jahrgangsstufe, bereit.
2. Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" (SOR-SMC)
   Am PIZKB beim Fachdienst Politische Bildung ist auch die regionale Koordinationsstelle des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" (SOR-SMC) angesiedelt.
   Das Interesse der Schulen, Teil des Netzwerks zu werden, ist weiterhin sehr groß: Aktuell sind 92 Münchner Schulen anerkannte Mitglieder des SOR-SMC-Schulnetzwerks und weitere stehen kurz vor der Anerkennung.
3. Zuschüsse/Projektmittel
   Darüber hinaus unterstützt das RBS Maßnahmen, die von den Schulen selbst organisiert werden, wie etwa selbst organisierte Projekte zu Demokratiebildung, selbst organisierte Besuche von Gedenkstätten, Synagogen und Moscheen, SMV-Fahrten, durch Zuschüsse/Projektmittel.

Wie Schulen diese Angebote sinnvoll nutzen sei am Beispiel des Städtischen Willi-Graf-Gymnasiums (WGG) verdeutlicht:

Das WGG war selbst von den in der Antragsbegründung erwähnten rechtsextremen Umtrieben betroffen und hat darauf vorbildlich reagiert, worüber auch in verschiedenen Medien berichtet wurde, so dass die Schule auch in die Öffentlichkeit hinein ein deutliches Zeichen gegen rechtsextreme, demokratiegefährdende Hetze und für ein gutes Miteinander setzen konnte. Dass sich sowohl die Schulleitung als auch Schüler*innen und Lehrkräfte dieser Schule so couragiert und deutlich gemeinsam gegen die Aktionen zur Wehr gesetzt haben, hat auch damit zu tun, dass die Schule seit Jahren mit Schüler*innen und Lehrkräften aktiv an der Bewusstseinsbildung für Demokratie und Menschenrechte arbeitet und dazu die vielfältigen Support-Systeme der LHM, insbesondere von Seiten des PIZKB, aktiv wahrnimmt und systemisch für die Schulentwicklung nutzt.

Zum nächsten Punkt 4 des Antrags:
„Zu der Thematik und entsprechenden Maßnahmen findet ein regelmäßiger Austausch mit dem staatlichen Schulamt, der Regierung von Oberbay-

ern und den Ministerialbeauftragten statt." Es wird auf die Ausführungen von RBS-A zu Punkt 3 des Antrags verwiesen.

Zum letzten Punkt 5 des Antrags:
Die Fachstelle für Demokratie befürwortet die Entwicklung und Durchführung eines neuen Projekts durch die Pastinaken zu aktuellen rechtsextremen Narrativen und wirkt gerne bei der Entwicklung und Koordinierung mit. Um ein entsprechendes Projekt zu ermöglichen, ist es jedoch unerlässlich, den Pastinaken weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Bereits aktuell reichen die von der Fachstelle für Demokratie sowie dem Stadtjugendamt ausgereichten Zuschussmittel der Pastinaken nicht annähernd aus, um die Nachfrage nach den bestehenden Demokratiebildungsangeboten zu decken. Die Wartezeiten für anfragende Schulen sind mitunter sehr lang. Im Jahr 2025 waren die Honorarmittel für die Bildungsarbeit der Pastinaken bereits in der ersten Jahreshälfte vollständig ausgeschöpft. Ein neues Projekt kann daher nur dann die gewünschte Wirkung an den Münchner Schulen entfalten, wenn hierfür zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aus dem laufenden Budget der Fachstelle für Demokratie können diese Mittel nicht bereitgestellt werden.

Auch dem RBS stehen angesichts der derzeitigen Haushaltssituation keine weiteren Mittel zur Verfügung. Jedoch weist das RBS auf die Ausführungen zu den Angeboten des PIZKB für Schulen hin.

Ich darf davon ausgehen, dass hiermit die Angelegenheit zu Ihrer Zufriedenheit abgeschlossen ist.